

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XXXIX
---------------------------------	-------

Einleitung

1. Kapitel: Die Selbstverwaltung der Wirtschaft als juristischer Forschungs- gegenstand.	1
---	---

1. Teil: Der Begriff der Selbstverwaltung der Wirtschaft

2. Kapitel: Begriff und Kategorien der Selbstverwaltung	12
3. Kapitel: Begriff und Erscheinungsformen der Selbstverwaltung der Wirtschaft.	137

2. Teil: Das Recht der Selbstverwaltung in den einzelnen Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft

4. Kapitel: Historische Entwicklung des Rechts der Industrie- und Handelskammern.	239
5. Kapitel: Das Recht der Industrie- und Handelskammern	394
6. Kapitel: Historische Entwicklung des Rechts der Selbstverwaltung des Handwerks	522
7. Kapitel: Das Recht der Selbstverwaltungskörperschaften des Handwerks . . .	643
8. Kapitel: Das Recht der Landwirtschaftskammern.	778

Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick

9. Kapitel: Das Recht der Selbstverwaltung der Wirtschaft	891
---	-----

Quellenverzeichnis	913
Literaturverzeichnis	917
Sachverzeichnis	965

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXXIX
---------------------------------	-------

Einleitung

1. Kapitel: Die Selbstverwaltung der Wirtschaft als juristischer Forschungsgegenstand	1
I. Der umstrittene Begriff der Selbstverwaltung der Wirtschaft.	1
II. Selbstverwaltung der Wirtschaft oder Kammerrecht?	4
III. Selbstverwaltung der Wirtschaft als Gegenstand der Forschung	5
1. Monographien zur „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ bzw. „Wirtschaftlichen Selbstverwaltung“	5
a) Friedrich Glums „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ von 1925	6
b) Kurt Münchs „Wirtschaftliche Selbstverwaltung“ von 1936.	7
c) Ernst Rudolf Hubers „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ von 1958	7
2. Literatur zum Thema Selbstverwaltung der Wirtschaft	8
IV. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	9

1. Teil

Der Begriff der Selbstverwaltung der Wirtschaft

2. Kapitel: Begriff und Kategorien der Selbstverwaltung	12
I. Eckpunkte des umstrittenen Begriffs der Selbstverwaltung	12
1. Juristische Person des öffentlichen Rechts als Rechtsform der Selbstverwaltungsträger.	14
a) Beispiele für weit gefasste Selbstverwaltungskonzeptionen und Kritik an ihnen	16
aa) Der funktional geprägte weite Begriff der Selbstverwaltung am Beispiel von Ernst Rudolf Hubers Selbstverwaltungs-begriff	16
bb) Sozialverwaltungsrechtliche bzw. sozialstaatliche Selbstverwaltungskonzeptionen.	17
aaa) Wilhelm Henkes Plädoyer für einen Paradigmenwechsel der	

Selbstverwaltung aus sozialverwaltungsrechtlicher Perspektive	17
bbb) Ulrich K. Preuß' Begriff sozialstaatlicher Selbstverwaltung	20
cc) Gunnar Folke Schupperts Begriff einer „mittelbaren Selbstverwaltung“	21
b) Zusammenfassende Bewertung	24
c) Konsequenzen für den Begriff der Selbstverwaltung: Ausschluss privatrechtlich organisierter Dachverbände	25
2. Eigenverantwortliche Verwaltung eigener Angelegenheiten	27
a) Eigener Wirkungskreis	27
b) Eigenverantwortliche Verwaltung, Beschränkung auf Rechtsaufsicht	28
3. Partizipation der Betroffenen	29
a) Einleitung: Formalisierung und Rematerialisierung des Selbstverwaltungsbegriffs	29
b) Partizipation als zentrales Element in Selbstverwaltungs-konzeptionen des 19. Jahrhunderts	30
aa) Freiherr vom Stein und die preußische Städteordnung von 1808	30
bb) Lorenz von Stein	36
cc) Rudolf von Gneist	40
dd) Otto von Gierke	45
ee) Fazit: Die Schlüsselfunktion der Partizipation in den vorpositivistischen Selbstverwaltungslehren	48
c) Die reduzierte Bedeutung der Partizipation in den positivistischen Selbstverwaltungs-konzeptionen des 19. Jahrhunderts seit Laband	49
aa) Die Auseinandersetzung der Positivisten mit dem Begriff der Selbstverwaltung	49
bb) Paul Laband	51
cc) Heinrich Rosin	54
dd) Oscar Gluth	58
ee) Ernst Neukamp	63
ff) Hermann Blodig	64
gg) Fazit: Korporative Selbstverwaltungslehren und partizipatives Element	67
d) Die Auseinandersetzung mit dem korporativen Selbstverwaltungs-begriff bis 1918	68
aa) Hugo Preuß	68
bb) Georg Jellinek	72
cc) Julius Hatschek	75
dd) Gerhard Anschütz und Georg Meyer	77
ee) Fazit: Die Perpetuierung des Meinungsstreits bis zum Ende des Kaiserreichs	78
e) Die Diskussion um den Selbstverwaltungs-begriff in der Weimarer Republik: Partizipation und Demokratisierung	79

aa) Selbstverwaltung in der Weimarer Republik: vom Kampfbegriff zur Desillusionierung	79
bb) Bill Drews' Vorschlag eines Selbstverwaltungsstaates	84
cc) Die Tradierung der auf Rosin und Laband basierenden positivistischen Lehre.	86
dd) Die wissenschaftliche Diskussion um Begriff und Konzept der Selbstverwaltung	88
aaa) Rudolf Herrmann-Herrnritt	88
bbb) Fritz Fleiner.	89
ccc) Hans Kelsen.	91
ddd) Hans Peters	95
eee) Fazit: Von der tätigen Partizipation zur demokratisch vermittelten Partizipation	97
f) Die Aufhebung des partizipativen Elements der Selbstverwaltung im Nationalsozialismus	99
aa) Die Denaturierung der Selbstverwaltung und die Demontage ihrer partizipativen Elemente im NS-Staat.	99
bb) Die Aufgabe des partizipativen Elements durch die Wissenschaft am Beispiel Fritz Voigts	105
g) Die Diskussion um den Selbstverwaltungsbegriff und sein partizipatives Element in der Bundesrepublik Deutschland.	109
aa) Wiederherstellung und verfassungsrechtliche Verankerung der Selbstverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg	109
bb) Die wissenschaftliche Diskussion um die Selbstverwaltung und deren partizipative Elemente.	113
aaa) Die Wiederbelebung des formalen Selbstverwaltungs- begriffs	114
(1) Hans Peters	114
(2) Ernst Forsthoff	114
(3) Hans Julius Wolff	116
bbb) Materiale Selbstverwaltungskonzeptionen	118
(1) Rudolf Elleringmann	118
(2) Ulrich Scheuner	119
(3) Erich Becker	120
(4) Jürgen Salzwedel	122
(5) Ulrich K. Preuß	124
(6) Eberhard Ramin	125
(7) Reinhard Hendler	126
(8) Winfried Kluth	127
h) Plädoyer für die Reintegration des partizipativen Elements in den Rechtsbegriff der Selbstverwaltung	128
aa) Die positivistische Wende des Selbstverwaltungsbegriffs und deren Nachwirkungen	128
bb) Repräsentative Betroffenenpartizipation als konstitutives Element des Rechtsbegriffs der Selbstverwaltung.	132

cc) Exkurs zum möglichen Verlust des genossenschaftlichen Charakters der Selbstverwaltung	133
4. Definition des Rechtsbegriffs der Selbstverwaltung	134
<i>II. Kategorien der Selbstverwaltung</i>	<i>134</i>
 3. Kapitel: Begriff und Erscheinungsformen der Selbstverwaltung der Wirtschaft	 137
<i>I. Selbstverwaltung der Wirtschaft oder wirtschaftliche Selbst- verwaltung?</i>	<i>137</i>
<i>II. Die historische Entwicklung des Begriffs der Selbstverwaltung der Wirtschaft bzw. der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.</i>	<i>139</i>
1. Anfänge der Begriffsbildung im 19. Jahrhundert.	139
a) Rudolf von Gneists Begriff der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. . .	139
b) Innungen, Handelskammern etc. als Selbstverwaltungskörper oder wirtschaftliche Interessenvertretungen	140
2. Die Etablierung des Begriffs der Selbstverwaltung der Wirtschaft in der Weimarer Republik	143
a) Organisationsformen der Kriegswirtschaft als Anknüpfungspunkte für die wissenschaftliche Begriffsbildung	143
b) Die „neuen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper“ als Schlüssel zur gemeinwohlorientierten Wirtschaftslenkung.	145
c) Der Paradigmenwechsel von den „neuen wirtschaftlichen Selbst- verwaltungskörpern“ hin zu Handelskammern usw. als Trägern der Selbstverwaltung der Wirtschaft	156
3. Bruch der Begriffsentwicklung im Nationalsozialismus	162
4. Begriffsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.	167
a) Die Rückführung des Begriffs der Selbstverwaltung der Wirtschaft auf den allgemeinen Selbstverwaltungsbegriff	167
aa) Hans Peters	168
bb) Ulrich Scheuner	169
cc) Ernst Rudolf Hubers weiter Begriff der Selbstverwaltung der Wirtschaft	169
dd) Wilhelm Reuß' erweiterter Begriff der Selbstverwaltung der Wirtschaft	172
ee) Werner Weber und seine Kritik an Huber	173
ff) Peter J. Tettinger	174
gg) Reinhard Hendler.	175
hh) Winfried Kluth	176
b) Fazit zur Begriffsentwicklung nach 1945	176
<i>III. Der Begriff der Selbstverwaltung der Wirtschaft</i>	<i>177</i>
1. Das Substantiv Selbstverwaltung.	177
2. Das Genetiv-Attribut „der Wirtschaft“	178

a) Bezugspunkte des Attributs, zugleich Definition der Selbstverwaltung der Wirtschaft	178
b) Zum Begriff der Wirtschaft	178
aa) Der weite sozialökonomische Begriff der Wirtschaft	178
bb) Der engere pragmatische Begriff der Wirtschaft.	181

IV. Erscheinungsformen der Selbstverwaltung der Wirtschaft sowie

<i>Abgrenzung zu verwandten Organisationsformen</i>	<i>182</i>
1. Industrie- und Handelskammern	182
a) Zuordnung der Kammerzugehörigen zur Wirtschaft	182
b) Zuordnung des Gegenstands der Selbstverwaltung zur Wirtschaft. . .	186
2. Körperschaften des Handwerks	187
a) Handwerkskammern.	187
aa) Zuordnung der Handwerkskammerzugehörigen zur Wirtschaft	187
bb) Zuordnung des Gegenstands der Selbstverwaltung zur Wirtschaft.	188
b) Handwerksinnungen.	189
aa) Zuordnung der Handwerksinnungzugehörigen zur Wirtschaft .	189
bb) Zuordnung des Gegenstands der Selbstverwaltung zur Wirtschaft.	190
c) Kreishandwerkerschaften	191
aa) Zuordnung der Mitglieder der Kreishandwerkerschaft zur Wirtschaft.	191
bb) Zuordnung des Gegenstands der Selbstverwaltung zur Wirtschaft.	191
3. Landwirtschaftskammern.	192
a) Bremen.	193
aa) Zuordnung der Landwirtschaftskammerzugehörigen zur Wirtschaft.	193
bb) Zuordnung des Gegenstands der Selbstverwaltung zur Wirtschaft.	195
b) Hamburg	195
aa) Zuordnung der Landwirtschaftskammerzugehörigen zur Wirtschaft.	195
bb) Zuordnung des Gegenstands der Selbstverwaltung zur Wirtschaft.	197
c) Niedersachsen.	197
aa) Zuordnung der Landwirtschaftskammerzugehörigen zur Wirtschaft.	197
bb) Zuordnung des Gegenstands der Selbstverwaltung zur Wirtschaft.	199
d) Nordrhein-Westfalen.	199
aa) Zuordnung der Landwirtschaftskammerzugehörigen zur Wirtschaft.	199

bb) Zuordnung des Gegenstands der Selbstverwaltung zur Wirtschaft.	201
e) Rheinland-Pfalz	202
aa) Zuordnung der Landwirtschaftskammerzugehörigen zur Wirtschaft.	202
bb) Zuordnung des Gegenstands der Selbstverwaltung zur Wirtschaft.	204
f) Saarland	205
aa) Zuordnung der Landwirtschaftskammerzugehörigen zur Wirtschaft.	205
bb) Zuordnung des Gegenstands der Selbstverwaltung zur Wirtschaft.	206
g) Schleswig-Holstein.	206
aa) Zuordnung der Landwirtschaftskammerzugehörigen zur Wirtschaft.	206
bb) Zuordnung des Gegenstands der Selbstverwaltung zur Wirtschaft.	208
h) Zusammenfassung der Ergebnisse zu den Landwirtschaftskammern .	208
4. Exkurs: Die (vorläufige) Hauptwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz und die bremische Wirtschaftskammer.	209
a) Wirtschaftskammern oder Wirtschaftsräte?	209
b) Die (vorläufige) Hauptwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz	210
aa) Die Hauptwirtschaftskammer in der Verfassung für Rheinland- Pfalz von 1947	210
bb) Einrichtung und Rechtsgrundlagen der (vorläufigen) Hauptwirtschaftskammer	211
cc) Problematik und Scheitern der Hauptwirtschaftskammer	212
dd) Aufgaben und Tätigkeit der Hauptwirtschaftskammer.	214
ee) Fazit und Beurteilung der Hauptwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz.	216
c) Die Wirtschaftskammer Bremen	217
aa) Rechtsgrundlagen und Entwicklung der Wirtschaftskammer Bremen.	217
bb) Rechtsnatur und Organisationsstrukturen der Wirtschafts- kammer.	219
cc) Die Mitgliedschaft in der Wirtschaftskammer.	220
dd) Die Aufgaben der Wirtschaftskammer	221
ee) Fazit	223
5. Abgrenzung der Selbstverwaltung der Wirtschaft zu verwandten Organisationsformen	224
a) Die Arbeitskammer des Saarlandes.	225
aa) Die Arbeitskammer des Saarlandes als Interessenvertretung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen des Saarlandes.	225
bb) Die Mitgliedschaft in der Arbeitskammer	226

cc) Der Gegenstand der Selbstverwaltung in der Arbeitskammer . . .	227
dd) Ergebnis	228
b) Die Arbeitnehmerkammer Bremen.	229
aa) Die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen als Interessen- vertretung der bremischen Arbeitnehmer	229
bb) Die Mitgliedschaft in der Arbeitnehmerkammer	230
cc) Der Gegenstand der Selbstverwaltung in der Arbeitnehmer- kammer.	231
dd) Ergebnis	232
c) Die Kammern der freien Berufe.	232
6. Ergebnis.	235

2. Teil

Das Recht der Selbstverwaltung in den einzelnen Selbstverwaltungs- körperschaften der Wirtschaft

4. Kapitel: Historische Entwicklung des Rechts der Industrie- und Handelskammern	239
---	-----

I. Die historische Entwicklung des Rechts der Selbstverwaltung

<i>von Handel und Industrie.</i>	239
1. Die mittelalterlichen Kaufmannsgilden als Vorläufer der IHK?	239
a) Gilde und Zunft	239
b) Frühmittelalterliche Gilden als Vorläufer der Kaufmannsgilden	240
c) Die Kaufmannsgilden des 11. Jahrhunderts	242
d) Die Entwicklung zur spezialisierten Sondergilde ab dem 12. Jahrhundert	243
e) Der Niedergang der Kaufmannsgilden im späten Mittelalter	245
f) Fazit	246
2. Handlungsvorstände und Kommerzialbehörden als Organe kauf- männischer Interessenwahrung in der Zeit bis zum frühen 19. Jahrhundert	247
a) Handlungsvorstände	247
b) Kommerzialbehörden	249
aa) Johann Joachim Becher und das Wiener Kommerzkolleg	249
bb) Die Kommerzialbehörden des 17. und 18. Jahrhunderts	250
c) Kommerzienkammern in Gebieten mit hugenottischen Einwanderern	252
d) Fazit: Handlungsvorstände und Kommerzialbehörden als eigen- ständige Institutionen kaufmännischer Interessenwahrnehmung des 17. und 18. Jh.	255
3. Die Entwicklung der französischen „Chambres de Commerce“ seit dem 17. Jh. als Wurzel der deutschen Handelskammern.	256
a) Die Wurzeln der französischen Handelskammern	256
aa) Die „Chambre du Commerce“ von Marseille	256

bb) Die Politik der Handelsräte seit Henry IV..	258
b) Die Errichtung von Handelskammern als Unterbau des Handelsrats Anfang des 18. Jh.	259
c) Handelskammern sowie Industrie- und Gewerbekammern nach der französischen Revolution	260
aa) Auflösung und Wiedererrichtung der Handelskammern.	260
bb) Einrichtung von Industrie- und Gewerbekammern.	263
cc) Bedeutung und Entwicklung der französischen Handelskam- mern sowie Industrie- und Gewerbekammern	265
4. Entwicklung des Handelskammerrechts und Handelskammerwesens im 19. Jh. in Preußen.	267
a) Zur unterschiedlichen Entwicklung der Handelskammern im Deutschen Bund	267
b) Handelskammern und Kaufmännische Korporationen als Vertretungen der Kaufleute	267
c) Die Handelskammer von Elberfeld und Barmen als Prototyp der neuen Kammer mit korporativen Elementen	270
d) Die Preußische Handelskammerverordnung vom 11. Februar 1848	275
e) Das Preußische Handelskammergesetz vom 24. Februar 1870	279
f) Reformbestrebungen bis zur Handelskammergesetznovelle von 1897	283
aa) Reforminitiativen des Deutschen Handelstags.	284
bb) Der Preußische Volkswirtschaftsrat und die Gewerbekammern	284
cc) Die Diskussion in der Wissenschaft und der Berlepsche Entwurf von 1896.	286
dd) Die Handelskammergesetznovelle 1897	289
5. Grundzüge der Entwicklung des Handelskammerrechts und -wesens in anderen deutschen Staaten bis zum frühen 20. Jh.	292
a) Baden	292
aa) Die frühen badischen Handelskammern als Vorstände zunftartiger Handelsinnungen	292
bb) Anpassung an die Einführung der Gewerbefreiheit im Jahr 1862	295
cc) Das badische Handelskammergesetz von 1878	295
b) Bayern	298
c) Hessen	306
aa) Großherzogtum Hessen (Darmstadt).	307
aaa) Erste Handelskammern in Mainz und Offenbach a. M.	307
bbb) Reform und Ausbau des Handelskammerwesens ab 1841	308
ccc) Das Großherzoglich Hessische Handelskammergesetz von 1871	309
ddd) Das Großherzoglich Hessische Handelskammergesetz von 1902	312
bb) Kurfürstentum Hessen (Kassel).	315
cc) Freie Stadt Frankfurt	317
d) Sachsen	320

aa) Handels- und Gewerbekammern auf Grundlage des Gewerbe-	
gesetzes und der Handels- und GewerbekammerVO von 1861 . . .	320
bb) Folgen der Revision des Gewerbegesetzes im Jahr 1868	321
cc) Das Sächsische Handels- und Gewerbekammergesetz von 1900 .	322
e) Württemberg	323
aa) Vertretungen von Handel und Gewerbe bis 1848	323
bb) Die HandelskammerVO-1854 und die Bildung von Handels- und	
Gewerbekammern	325
cc) Das Württembergische Handels- und Gewerbekammergesetz	
von 1874	328
dd) Das Württembergische Handelskammergesetz von 1899.	330
6. Der Status quo des Handelskammerrechts in Deutschland zu Beginn	
des 20. Jh.	332
a) Zum Entwicklungsstand des Handelskammerrechts.	332
b) Die wissenschaftliche Erfassung des Handelskammerrechts und	
-wesens	334
7. Entwicklung des Handelskammerrechts bis zum Ende der Weimarer	
Republik	335
a) Der Gesetzentwurf des preußischen Handelsministeriums 1917/18 . .	335
b) Die Diskussionen über ein reichseinheitliches Kammerrecht	336
c) Änderungen des preußischen Handelskammergesetzes in den	
Jahren 1921 und 1924.	338
d) Rechtsentwicklung in den anderen Ländern	340
8. Aufhebung der Selbstverwaltung und spätere Auflösung der IHK im	
Nationalsozialismus	342
a) Einbeziehung der Minderkaufleute in die IHK	342
b) Einführung des Führergrundsatzes durch die IHK-VO von 1934 . . .	343
c) Integration in den nationalsozialistischen Wirtschaftsaufbau,	
Zusammenfassung in Wirtschaftskammern.	345
d) Die Errichtung der Gauwirtschaftskammern im Jahr 1942	349
9. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum IHK-Bundesgesetz von 1956	352
a) Das Recht der IHK in der französischen Besatzungszone.	353
b) Das Recht der IHK in der amerikanischen Besatzungszone.	355
aa) Bayern	356
bb) Bremen	357
cc) Hessen	358
dd) Württemberg-Baden	360
c) Das Recht der IHK in der britischen Besatzungszone	361
d) Das Recht der IHK in (West-)Berlin.	363
e) Das Recht der IHK in der sowjetischen Besatzungszone sowie der	
DDR.	364
aa) Wiedererrichtung der IHK und deren Auflösung im Jahr 1953 . .	364
bb) Errichtung der IHK der DDR sowie der IHK Groß-Berlin 1953/	
1954.	364

cc) Auflösung der IHK der DDR und Einrichtung der Bezirks-IHK im Jahr 1958	367
10. Das Bundes-IHK-Gesetz vom 18. Dezember 1956	368
a) Die Entstehung des Bundes-IHKG	368
b) Grundzüge der Regelungen des Bundes-IHKG	371
c) Die Ausführungsgesetze der Länder	374
11. Entwicklung des IHK-Gesetzes und des IHK-Wesens seit 1956	376
a) Änderungen des IHK-Gesetzes	376
b) Grundsätzliche neuere Entwicklungen: Privatisierung der IHK?	383
c) Entwicklung des Industrie- und Handelskammerwesens	384
12. Exkurs: Internationale und europäische Dimension des Kammerwesens	387
a) Auslandshandelskammern	387
b) Europäisches Kammerwesen, Eurochambres	387
c) EU-rechtliche Dimension des Kammerrechts	388
<i>II. Zusammenfassung: Die historische Entwicklung des Rechts der IHK</i>	389
 5. Kapitel: Das Recht der Industrie- und Handelskammern	394
<i>I. Gegenstand und Ziel des Kapitels</i>	394
<i>II. Das heutige Recht der IHK im Lichte des Selbstverwaltungsprinzips</i>	394
1. Rechtsform und Rechtsfähigkeit sowie Errichtung, Auflösung und bezirkliche Neuabgrenzung	394
a) Rechtsform und Rechtsfähigkeit der IHK	394
b) Die landesrechtlichen Ausführungsvorschriften über die Errichtung, Auflösung und bezirkliche Änderung	395
c) Die Regelung der Errichtung, Auflösung und bezirklichen Änderung von IHK	397
aa) Errichtung und Auflösung von IHK	397
bb) Bezirkliche Gliederung und Neugliederung von IHK	400
2. Die Verwirklichung der Selbstverwaltung in der mitgliedschaftlichen Struktur der IHK	402
a) Die partizipative, genossenschaftliche Organisation als prägendes Merkmal der Selbstverwaltung der Betroffenen in den IHK	402
b) Der Mitgliederkreis der IHK	403
aa) Gesetzessystematik	403
bb) Die Tatbestandsvoraussetzungen der Mitgliedschaft gem. § 2 Abs. 1 IHKG	404
aaa) Rechtsformerfordernis	404
bbb) Veranlagung zur Gewerbesteuer	404
(1) Die Voraussetzung der objektiven Gewerbesteuer- pflichtigkeit	404
(2) Zur Tatbestandswirkung der Veranlagung durch das Finanzamt	407
(3) Temporale Anknüpfung	407

ccc)	Unterhaltung einer Betriebsstätte im Kammerbezirk	408
(1)	Allgemeines	408
(2)	Der Begriff der Betriebsstätte	408
(3)	Räumliche Anknüpfung beim Reisegewerbe	409
(4)	Keine Tatbestandswirkung der Feststellung des Unterhaltens einer Betriebsstätte durch die Steuerbehörden	409
cc)	Sonderregelung der Kammerzugehörigkeit für freie Berufe, § 2 Abs. 2 1. Var. IHKG.	410
aaa)	Das weitgehende Leerlaufen der Sonderregelung.	410
bbb)	Einzelfälle.	411
dd)	Sonderregelung der Kammerzugehörigkeit im Bereich Land-/ Forstwirtschaft, § 2 Abs. 2 2.-4. Var. IHKG	412
aaa)	Das weitgehende Leerlaufen der Sonderregelung.	412
bbb)	Wichtige Fälle, in denen der Regelung Bedeutung zukommt	412
ee)	Sonderregelung der Kammerzugehörigkeit handwerklicher und handwerksähnlicher Betriebe, § 2 Abs. 3 IHKG.	413
aaa)	Grundregel: Mitgliedschaft in der Handwerkskammer und nicht in der IHK.	413
(1)	Handwerkliche und handwerksähnliche Betriebe	413
(2)	Die Sonderregelung für Kleinunternehmer (§ 90 Abs. 3, 4 HwO)	414
bbb)	Die doppelte IHK- und Handwerkskammerzugehörigkeit von Mischbetrieben	415
ff)	Ausnahme für landwirtschaftliche Genossenschaften, § 2 Abs. 4 IHKG.	415
gg)	Ausnahme für Gemeinden und Gemeindeverbände, die Eigenbetriebe unterhalten, § 2 Abs. 5 IHKG.	416
c)	Die Repräsentation der Kammermitglieder in der Vollversammlung als Verwirklichung des Selbstverwaltungsprinzips.	417
aa)	Die Wahl der Mitglieder der Vollversammlung	418
aaa)	IHKG und Wahlordnung als Rechtsgrundlagen der Wahl zur Vollversammlung	418
bbb)	Die aktive Wahlberechtigung	419
ccc)	Die passive Wahlberechtigung	420
ddd)	Die Wahl zur Vollversammlung	422
(1)	Grundlegende Regelungen	422
(a)	Die Zahl der Mitglieder der Vollversammlung	422
(b)	Die Amtsdauer der Mitglieder der Vollversammlung.	422
(2)	Personenwahl als Regelfall	424
(3)	Wahl nach Wahlgruppen (§ 5 Abs. 3 S. 2 IHKG) und ggf. Wahlbezirken	424
(a)	Das System der Wahl nach Wahlgruppen und ggf. Wahlbezirken	424
(b)	Die Bildung der Wahlgruppen und Wahlbezirke	425
(c)	Stimmzuteilung für die einzelnen Wahlgruppen	428
(4)	Technische Durchführung der unmittelbaren Wahl	429
(a)	Wahl und erste Aufgaben des Wahlausschusses	430

(b) Die Erstellung der Bewerberlisten	430
(c) Der Wahlvorgang	431
(d) Feststellung des Wahlergebnisses	433
(5) Mittelbare Wahl von Mitgliedern der Vollversammlung	433
(a) Die zwei Grundformen mittelbarer Wahlen	433
(b) Allgemeine Bedingungen für die Zulässigkeit mittelbarer Wahlen	435
(6) Wahl und Stellung sog. Ehrenmitglieder	435
bb) Beendigung der Mitgliedschaft in der Vollversammlung	436
aaa) Ausscheiden aus der Vollversammlung	436
bbb) Die Wiederbesetzung vorzeitig ausgeschiedener Sitze	436
cc) Die Mitgliedschaft in der Vollversammlung als aktive, ehrenamtliche Selbstverwaltung	437
aaa) Umfassende Mitwirkungsrechte	438
bbb) Kein Anspruch auf Vergütung oder Aufwands- entschädigung	438
ccc) Kein Stimmrecht bei Interessenkollision	439
ddd) Verschwiegenheitspflicht	439
dd) Aufgaben der Vollversammlung	440
aaa) Allzuständigkeit der Vollversammlung im Rahmen der gesetzlichen Regelungen	440
bbb) Wichtige Aufgaben der Vollversammlung	441
(1) Beschlussfassung über die Satzung, Inhalt der Satzung	441
(2) Beschlussfassung über die Wahlordnung	442
(3) Beschlussfassung über die Beitragsordnung und die Sonder- beitragsordnung	443
(4) Beschlussfassung über die Gebührenordnung	444
(5) Beschlussfassung über die Feststellung des Wirtschaftsplans und die Beitragsmaßstäbe	444
(6) Beschlussfassung über sonstiges Satzungsrecht	445
(a) Sonstiges Satzungsrecht	445
(b) Ausnahmeregelung des § 4 S. 3 IHKG (Zuständigkeit des Berufsbildungsausschusses)	446
(7) Beschlussfassung über die Erteilung der Entlastung	446
(8) Aufgabenübertragung an andere IHK, Bildung öffentlich- rechtlicher Zusammenschlüsse, Beteiligung an einer Einrichtung i. S. v. § 1 Abs. 3b IHKG	447
(9) Beschlussfassung über die Art und Weise der öffentlichen Bekanntmachung	447
(10) Kurationsfunktion: Wahl des Präsidiums, Bestellung des Hauptgeschäftsführers	448
d) Weitere Formen aktiver, ehrenamtlicher Selbstverwaltung in der IHK	448
aa) Mitgliedschaft in der Vollversammlung	449
bb) Tätigkeit als Präsident oder weiteres Mitglied des Präsidiums	449
aaa) Der Präsident (Präses)	449
(1) Wahl des Präsidenten	449
(2) Stellung des Präsidenten	450
(3) Aufgaben des Präsidenten	450
bbb) Das Präsidium	451
cc) Mitgliedschaft in einem Ausschuss der IHK	452

aaa) Frei gebildete Ausschüsse	453
bbb) Der Berufsbildungsausschuss	453
(1) Der Berufsbildungsausschuss als Organ der IHK	453
(2) Die Bildung des Berufsbildungsausschusses	454
(3) Die ehrenamtliche Stellung der Mitglieder des Berufsbildungs-	
ausschusses	454
(4) Organisation des Berufsbildungsausschusses	455
(5) Aufgaben des Berufsbildungsausschusses.	455
ccc) Prüfungsausschüsse	457
e) Die Beitragspflicht der Mitglieder	457
aa) Das gesetzliche System der IHK-Beiträge	457
bb) Beitragsordnung und Wirtschaftssatzung der IHK.	458
cc) Der Grundbeitrag.	459
dd) Die Umlage	461
aaa) Bemessungsgrundlagen für die Umlage	461
bbb) Berechnung der Umlage	463
ee) Die Ermittlung der Bemessungsgrundlagen	463
ff) Ausnahmen von der Beitragspflicht.	464
aaa) Beitragsfreistellung für Kleingewerbetreibende und	
Existenzgründer	464
(1) Die Beitragsfreistellung für Kleingewerbetreibende,	
§ 3 Abs. 3 S. 3 IHKG	464
(2) Die Beitragsfreistellung für Existenzgründer, § 3 Abs. 3 S. 4	
IHKG	465
(3) Möglichkeit zur Herabsetzung der Freistellungsgrenzen gem.	
§ 3 Abs. 3 S. 5 IHKG	466
bbb) Möglichkeit der Grundbeitragsermäßigung für Komple-	
mentär- und Tochtergesellschaften gem. § 3 Abs. 3 S. 9 und	
10 IHKG	468
ccc) Der Umlagefreibetrag für natürliche Personen und Perso-	
nengesellschaften gem. § 3 Abs. 3 S. 7 IHKG	468
ddd) Die eingeschränkte Beitragspflicht handwerklicher Misch-	
betriebe gem. § 3 Abs. 4 S. 1 IHKG.	469
eee) Die eingeschränkte Beitragspflicht für Apotheker gem.	
§ 3 Abs. 4 S. 2 IHKG	471
fff) Die eingeschränkte Beitragspflicht für Freiberufler, Land-	
und Forstwirte sowie Binnenfischer gem. § 3 Abs. 4 S. 3	
IHKG	472
gg) Der Sonderbeitrag.	473
hh) Rechtsschutz der Kammermitglieder gegen Beiträge und	
Gebühren	474
3. Die Organe der IHK.	475
a) Vollversammlung, Präsident, Präsidium und Ausschüsse als Organe	
aktiver, ehrenamtlicher Selbstverwaltung	475
b) Hauptgeschäftsführer	476

aa)	Die Doppelstellung des Hauptgeschäftsführers als Organ und höchster Angestellter der IHK	476
bb)	Bestellung und Anstellung des Hauptgeschäftsführers.	476
cc)	Aufgaben des Hauptgeschäftsführers.	477
aaa)	Vertretung der IHK	477
bbb)	Geschäftsführung der IHK	478
	(1) Allgemeines.	478
	(2) Funktion als Vorgesetzter der Kammermitarbeiter	479
4.	Die Aufgaben der IHK	480
a)	Die Systematik der Aufgabenzuweisung im IHKG	480
b)	Aufgabenübertragung und Bildung von Zusammenschlüssen zwecks Aufgabenerfüllung, § 10 IHKG.	480
c)	Die wesentlichen Einzelaufgaben zur Verwirklichung der Selbstverwaltung	481
aa)	Wahrnehmung des Gesamtinteresses der zugehörigen Gewerbe- treibenden (§ 1 Abs. 1 IHKG)	481
bb)	Förderung der gewerblichen Wirtschaft (§ 1 Abs. 1 IHKG)	483
cc)	Erstattung von Gutachten (§ 1 Abs. 1 a. E. IHKG)	485
dd)	Wahrung von Anstand und Sitte des ehrbaren Kaufmanns (§ 1 Abs. 1 a. E. IHKG)	486
ee)	Anlagen und Einrichtungen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft oder einzelner Gewerbezweige (§ 1 Abs. 2 1. Alt. IHKG)	488
ff)	Maßnahmen zur Förderung und Durchführung der kauf- männischen und gewerblichen Berufsbildung (§ 1 Abs. 2 2. Alt. IHKG)	489
aaa)	Die weitgehende spezialgesetzliche Regelung der Berufsbildung.	489
bbb)	Aufgaben der IHK aufgrund des BBiG im Bereich Berufsausbildung.	490
ccc)	Aufgaben der IHK aufgrund des BBiG und § 1 Abs. 2 2. Alt. IHKG in den Bereichen Fortbildung und Umschulung	493
	(1) Fortbildung	493
	(2) Umschulung	494
gg)	Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen Bescheinigungen (§ 1 Abs. 3 IHKG)	495
aaa)	Ausstellung von Ursprungszeugnissen	495
bbb)	Ausstellung von anderen dem Wirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen.	496
hh)	Weitere durch Gesetz oder Rechtsverordnung übertragene Aufgaben (§ 1 Abs. 4 IHKG).	497
aaa)	Öffentliche Bestellung von Sachverständigen.	497
bbb)	Öffentliche Bestellung besonders sachkundiger Versteigerer	502

ccc) Geschäftsführung der Einigungsstellen für Wettbewerbsstreitigkeiten, § 15 UWG	503
ddd) Abnahme von Fach- und Sachkundeprüfungen	505
eee) Unterrichtung in den Bereichen Gaststätten- und Bewachungsgewerbe	508
fff) Gefahrguttransporte/Gefahrgutbeauftragte	509
(1) Prüfungen sowie Anerkennung von Lehrgängen im Bereich Gefahrguttransporte	509
(2) Prüfung von Gefahrgutbeauftragten sowie Anerkennung von Lehrgängen	510
ggg) Weitere übertragene Aufgaben	511
d) Keine Aufgabe der IHK: Wahrnehmung sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Interessen.	512
5. Die staatliche Aufsicht über die IHK	512
6. Die Finanzierung der IHK	515
a) Allgemeines	515
b) Gebühren	516
<i>III. Zusammenfassende Beurteilung: Die IHK als Selbstverwaltungskörperschaft der Wirtschaft</i>	<i>518</i>
 6. Kapitel: Historische Entwicklung des Rechts der Selbstverwaltung des Handwerks.	 522
<i>I. Die Trias der Selbstverwaltungskörperschaften des Handwerks in historischer Perspektive</i>	<i>522</i>
<i>II. Die historische Entwicklung der Selbstverwaltungskörperschaften des Handwerks.</i>	<i>523</i>
1. Aufstieg und Niedergang der Zünfte im Mittelalter und der frühen Neuzeit	523
a) Zum Begriff der Zunft	523
b) Der Ursprung der Zünfte	524
c) Die Doppelstellung der hoch- und spätmittelalterlichen Zunft als wettbewerbsregulierender Sozialverband und Element der städtischen Verfassung.	527
d) Zunftkämpfe und politischer Aufstieg der Zünfte im späten Mittelalter	529
e) Zuspitzung der Zunftordnung in der frühen Neuzeit	531
f) Gesetzgeberische Ansätze zur Disziplinierung der Zünfte	533
g) Vom langen Überleben der Zünfte	537
2. Zünfte und Innungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Preußen	538
a) Die Gewerbefreiheit in Frankreich als Vorbild der preußischen Gewerbefreiheit.	539
b) Die Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen.	541

c) Der Fortbestand der Zünfte bzw. Innungen unter der Gewerbefreiheit bis 1848	544
d) Die preußische Allgemeine Gewerbeordnung von 1845	547
3. Die Selbstverwaltung in der Handwerkerbewegung von 1848/49	550
a) Der Hamburger Vorkongress	551
b) Der Entwurf einer allgemeinen Handwerker- und Gewerbeordnung des Frankfurter Handwerker- und Gewerbekongresses	551
c) Der Frankfurter Gesellenkongress	554
d) Nationalversammlung und Gewerbeverfassung	556
4. Die Einschränkung der Gewerbefreiheit durch die preußischen Notverordnungen von 1849	559
a) Die Stärkung des Innungswesens	559
b) Die Errichtung von Gewerberäten	561
5. Die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869	563
6. Die Stärkung der Innungen in den Novellen zur Gewerbeordnung ab 1881	567
a) Die Innungsnovelle von 1881	568
b) Die Änderungen der Gewerbeordnung in den Jahren 1884, 1886 und 1887	570
7. Die Handwerkernovelle zur Gewerbeordnung von 1897	572
a) Der Weg zur großen Handwerkernovelle	572
aa) Vorschläge der Handwerksorganisationen zu Innungen und Handwerkskammern	572
bb) Das Berlepsche Konzept von 1893	574
cc) Der Böttichersche Entwurf des Reichsamts des Inneren von 1895	575
dd) Der Entwurf des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe von 1896	576
ee) Der Gesetzentwurf der verbündeten Regierungen von 1897	577
b) Freie Innungen und Zwangsinnungen nach der Handwerkernovelle von 1897	578
c) Die neuen Handwerkskammern	581
8. Die Rechtsentwicklung bis zum Ende der Weimarer Republik	585
a) Innungen, Handwerkskammern sowie Handwerks- und Gewerbe-kammertag bis zum Ende des Kaiserreichs	585
b) Rechtsentwicklung in der Weimarer Republik	588
aa) Gründung des Reichsverbands des deutschen Handwerks (1919), Aufwertung des Handwerks- und Gewerbekammertags (1922)	590
bb) Die Handwerksnovelle vom 11. Februar 1929	591
cc) Der Organisationsgrad des Handwerks gegen Ende der Weimarer Republik	593
9. Die Aufhebung der Selbstverwaltung im Nationalsozialismus	593
a) Die faktische Gleichschaltung der Handwerksorganisationen nach der Machtergreifung	593
b) Der nationalsozialistische Umbau der Selbstverwaltung des Handwerks	596

aa)	Das Gesetz über den vorläufigen Umbau des deutschen Handwerks vom 29. November 1933	596
bb)	Erste HandwerksVO vom 15. Juni 1934: Pflichttinnung, Kreishandwerkerschaft und Führergrundsatz	597
cc)	Zweite und Dritte HandwerksVO vom 18. Januar 1935: Führergrundsatz bei der Handwerkskammer; großer Befähigungsnachweis	599
dd)	Die Handwerksorganisationen im neuen nationalsozialistischen Wirtschaftsaufbau	601
c)	Auflösung der Handwerkskammern und Einrichtung von Gauwirtschaftskammern im Jahr 1942.	604
10.	Die Selbstverwaltung des Handwerks im besetzten Deutschland	605
a)	Die Selbstverwaltung des Handwerks in der britischen Besatzungszone	606
b)	Die Selbstverwaltung des Handwerks in der französischen Besatzungszone	608
c)	Die Selbstverwaltung des Handwerks in der amerikanischen Besatzungszone.	609
d)	Die Selbstverwaltung des Handwerks in der sowjetischen Besatzungszone.	611
11.	Die Handwerksordnung vom 17. September 1953	612
a)	Der Weg zur Handwerksordnung	612
aa)	Der ZDH als zentrale Lobbyorganisation des Handwerks	612
bb)	Das Gesetzgebungsverfahren zur Handwerksordnung.	614
b)	Die Regelung der Selbstverwaltungskörperschaften	620
aa)	Handwerksinnungen	621
bb)	Kreishandwerkerschaften	622
cc)	Handwerkskammern	623
12.	Entwicklung des Rechts der Selbstverwaltung des Handwerks seit 1953	625
a)	Die Novelle zur Handwerksordnung von 1965	626
b)	Die Novelle zur Handwerksordnung von 1993	628
c)	Die Novelle zur Handwerksordnung von 1998	629
d)	Die Novelle zur Handwerksordnung von 2003	630
e)	Weitere Änderungsgesetze	631
f)	Entwicklung des Bestands der Selbstverwaltungskörper seit Inkrafttreten der HwO	632
13.	Exkurs: Die europäische Dimension der Selbstverwaltung des Handwerks	634
a)	Handwerkskammern in den Staaten der Europäischen Union	634
b)	EU-rechtliche Dimension der Selbstverwaltung des Handwerks	634
<i>III. Zusammenfassung: Die Entstehung des heutigen rechtlichen Systems der Selbstverwaltungskörperschaften des Handwerks</i>		<i>635</i>
1.	Historische Entwicklung des Rechts der Handwerksinnung	635
2.	Historische Entwicklung des Rechts der Kreishandwerkerschaft	638
3.	Historische Entwicklung des Rechts der Handwerkskammer	639

7. Kapitel: Das Recht der Selbstverwaltungskörperschaften des Handwerks	643
<i>I. Die Körperschaften des Handwerks.</i>	643
<i>II. Das Recht der Handwerksinnung</i>	643
1. Rechtsform, Errichtung und Bezirk	643
a) Rechtsform, Rechtsfähigkeit, Errichtung	643
b) Gründung einer Handwerksinnung	644
c) Ausschließlichkeit der Handwerksinnung im Bezirk	646
d) Anforderungen an den Innungsbezirk	646
2. Die Verwirklichung der Selbstverwaltung in der mitgliedschaftlichen Struktur	648
a) Die genossenschaftliche Organisation als prägendes Merkmal der Selbstverwaltung	648
b) Die Mitgliedschaft in der Handwerksinnung	648
aa) Freiwilligkeit der Mitgliedschaft, Aufnahmeanspruch	648
bb) Gesetzliche Voraussetzungen der Mitgliedschaft	649
cc) Satzungsmäßige Voraussetzungen der Mitgliedschaft	650
dd) Mitgliedschaft in mehreren Innungen	650
ee) Gastmitgliedschaft	651
c) Die Selbstverwaltung der Innungsmitglieder in der Innungsversammlung	651
aa) Die Mitgliedschaft in der Innungsversammlung.	652
bb) Vorstand, Einberufung und Beschlussfassung der Innungsversammlung	653
cc) Die Aufgaben der Innungsversammlung	655
aaa) Zuständigkeitsvermutung für die Innungsversammlung	655
bbb) Vorbehaltsaufgaben der Innungsversammlung	655
(1) Änderung der Satzung	655
(2) Auflösung der Handwerksinnung	657
(3) Feststellung des Haushaltsplans, Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung	657
(4) Innungsbeiträge / Gebühren.	657
(5) Kurationsfunktion: Vorstand, Ausschüsse	658
(6) Vorschriften über die Lehrlingsausbildung	658
(7) Beschränkung der Vertretungsmacht des Vorstands für bestimmte Geschäfte	658
(8) Mitgliedschaft beim Landesinnungsverband	659
d) Weitere Formen aktiver, ehrenamtlicher Selbstverwaltung in der Innung.	659
aa) Mitgliedschaft im Vorstand	659
aaa) Wahl des Vorstands	660
bbb) Stellung der Vorstandsmitglieder.	661
ccc) Aufgaben / Kompetenzen des Vorstands	662
bb) Mitgliedschaft in einem Ausschuss	662
aaa) Frei gebildete Ausschüsse	663

bbb) Der Ausschuss für die Berufsbildung	664
ccc) Der Ausschuss zur Schlichtung von Ausbildungs- streitigkeiten	665
ddd) Der Gesellenprüfungsausschuss	666
eee) Der Zwischenprüfungsausschuss.	668
fff) Der Gesellenausschuss als Einrichtung sui generis.	668
(1) Wesen und Rechtsnatur des Gesellenausschusses	668
(2) Zusammensetzung und Bildung	669
(3) Aufgaben und Mitwirkungsrechte	670
e) Die Beitragspflicht der Innungsmitglieder.	671
aa) Zusammensetzung des Beitrags, Bemessungsgrundlage	672
bb) Beschluss über die Beitragshöhe, Erhebung des Beitrags.	673
3. Die Organe der Handwerksinnung	673
4. Die Geschäftsführung der Handwerksinnung	675
5. Die Aufgaben der Handwerksinnung	676
a) Systematik der Aufgabenzuweisung in der HwO.	676
b) Die Kategorien der öffentlichen und der staatlichen Aufgaben	676
aa) Öffentliche Aufgaben.	676
bb) Staatliche und nichtstaatliche Aufgaben	677
c) Die wesentlichen Innungsaufgaben.	679
aa) Uneingeschränkte Pflichtaufgaben gem. § 54 Abs. 1 HwO.	679
aaa) Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen der Mitglieder (§ 54 Abs. 1 S. 1, Abs. 4 HwO)	679
bbb) Pflege von Gemeingeist und Berufsehre (§ 54 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 HwO)	680
ccc) <i>Gutes Verhältnis zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen</i> (§ 54 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 HwO)	681
ddd) Regelung und Überwachung der Lehrlingsausbildung (§ 54 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 HwO)	681
eee) Abnahme von Gesellenprüfungen, Errichtung von Gesellenprüfungsausschüssen (§ 54 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 HwO)	682
fff) Förderung des handwerklichen Könnens der Meister und Gesellen (§ 54 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 HwO)	683
ggg) Mitwirkung bei der Verwaltung der Berufsschulen (§ 54 Abs. 1 S. 2 Nr. 6 HwO)	683
hhh) Förderung des Genossenschaftswesens (§ 54 Abs. 1 S. 2 Nr. 7 HwO)	683
iii) Erstattung von Gutachten und Auskünften (§ 54 Abs. 1 S. 2 Nr. 8 HwO)	684
jjj) Unterstützung sonstiger handwerklicher Organisationen und Einrichtungen (§ 54 Abs. 1 S. 2 Nr. 9 HwO)	684
kkk) Durchführung der Vorschriften und Anordnungen der Handwerkskammer (§ 54 Abs. 1 S. 2 Nr. 10 HwO)	685
bb) Soll-Aufgaben gem. § 54 Abs. 2 HwO	685

aaa) Einrichtungen zur Verbesserung der Arbeitsweise und der Betriebsführung (§ 54 Abs. 2 Nr. 1 HwO)	685
bbb) Beratung von Vergabestellen (§ 54 Abs. 2 Nr. 2 HwO)	686
ccc) Unterstützung des handwerklichen Pressewesens (§ 54 Abs. 2 Nr. 3 HwO)	686
cc) Kann-Aufgaben gem. § 54 Abs. 3 HwO	686
aaa) Abschluss von Tarifverträgen (§ 54 Abs. 3 Nr. 1 HwO)	686
bbb) Errichtung von Unterstützungskassen (§ 54 Abs. 3 Nr. 2 HwO)	687
ccc) Vermittlung bei Streitigkeiten mit Auftraggebern (§ 54 Abs. 3 Nr. 3 HwO)	688
ddd) Errichtung von Innungskrankenkassen (§ 54 Abs. 5 HwO i. V. m. §§ 157 ff. SGB V)	689
6. Die Aufsicht über die Handwerksinnung	691
7. Die Finanzierung der Handwerksinnung	694
a) Die Finanzierungsquellen der Handwerksinnung	694
b) Die Gebühr	694
8. Zusammenfassende Beurteilung: Die Handwerksinnung als Selbstverwaltungskörperschaft	695
<i>III. Das Recht der Kreishandwerkerschaft</i>	697
1. Rechtsform, Errichtung und Bezirk der Kreishandwerkerschaft.	697
a) Rechtsform und Rechtsfähigkeit	697
b) Bezirk	698
2. Die Verwirklichung der Selbstverwaltung in der mitgliedschaftlichen Struktur	698
a) Die Mitgliedschaft in der Kreishandwerkerschaft	698
b) Die Vertretung der Mitglieder in der Mitgliederversammlung	699
aa) Zusammensetzung der Mitgliederversammlung.	699
bb) Stimmrecht in der Mitgliederversammlung	699
cc) Einberufung und Beschlussfassung der Mitgliederversammlung	700
dd) Die Aufgaben der Mitgliederversammlung.	701
aaa) Zuständigkeitsvermutung für die Mitgliederversammlung	701
bbb) Kein Beschluss über die Auflösung der Kreishandwerkerschaft	701
ccc) Vorbehaltsaufgaben der Mitgliederversammlung.	701
(1) Änderung der Satzung	702
(2) Feststellung des Haushaltsplans, Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung	703
(3) Beschlüsse zu Beiträgen und Gebühren.	703
(4) Krefunktiofunktion: Wahl des Vorstands bzw. von Ausschussmitgliedern, Einsetzung besonderer Ausschüsse	703
(5) Bewilligung bestimmter Geschäfte	704
c) Weitere Formen aktiver, ehrenamtlicher Selbstverwaltung in der Kreishandwerkerschaft	705
aa) Mitgliedschaft im Vorstand	705

aaa) Wahl des Vorstands	705
bbb) Stellung der Vorstandsmitglieder	706
ccc) Aufgaben und Kompetenzen des Vorstands.	706
bb) Mitgliedschaft in einem Ausschuss	707
d) Die Beitragspflicht der Mitglieder, das Geschäftsführungsentgelt	708
aa) Zusammensetzung des Beitrags	708
bb) Geschäftsführungsentgelt	708
cc) Beschluss über die Beitragshöhe und das Geschäftsführungsentgelt	709
3. Die Organe der Kreishandwerkerschaft.	709
4. Die Geschäftsführung der Kreishandwerkerschaft	710
5. Die Aufgaben der Kreishandwerkerschaft	711
a) Systematik der Aufgabenzuweisung an die Kreishandwerkerschaft	711
b) Öffentliche und staatliche Aufgaben	712
c) Die einzelnen Aufgaben der Kreishandwerkerschaft.	713
aa) Wahrnehmung der Gesamtinteressen des selbständigen Handwerks usw. (§ 87 Nr. 1 HwO)	713
bb) Unterstützung der Handwerksinnungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben (§ 87 Nr. 2 HwO)	714
cc) Schaffung und Unterstützung von Einrichtungen (§ 87 Nr. 3 HwO)	714
dd) Unterstützung der Behörden, Erteilung von Anregungen, Auskünften und Gutachten (§ 87 Nr. 4 HwO).	716
ee) Führung der Geschäfte der Handwerksinnungen (§ 87 Nr. 5 HwO)	717
ff) Durchführung von Vorschriften und Anordnungen der Handwerkskammer (§ 87 Nr. 6 HwO)	717
6. Die Aufsicht über die Kreishandwerkerschaft	718
7. Die Finanzierung der Kreishandwerkerschaft	719
a) Die Finanzierungsquellen der Kreishandwerkerschaft.	719
b) Die Gebühr	720
8. Zusammenfassende Beurteilung: Die Kreishandwerkerschaft als Selbstverwaltungskörperschaft.	720
<i>IV. Das Recht der Handwerkskammer</i>	<i>722</i>
1. Rechtsform, Errichtung und Bezirk der Handwerkskammer.	723
a) Rechtsform, Rechtsfähigkeit und Errichtung	723
b) Der Kammerbezirk.	724
2. Die Verwirklichung der Selbstverwaltung in der mitgliedschaftlichen Struktur.	725
a) Die genossenschaftliche Organisation als prägendes Merkmal der Selbstverwaltung	725
b) Die Mitgliedschaft in der Handwerkskammer	725
aa) Überblick über die gesetzliche Regelung der Mitgliedschaft.	725
bb) Mitgliedschaft gem. § 90 Abs. 2 HwO	726

cc) Mitgliedschaft gem. § 90 Abs. 3 und 4 HwO	726
dd) Ehren- und Gastmitgliedschaft	727
c) Die Repräsentation der Kammermitglieder in der Vollversammlung als Verwirklichung des Selbstverwaltungsprinzips	728
aa) Die Zusammensetzung der Vollversammlung	728
bb) Die Wahl der Mitglieder der Vollversammlung	729
aaa) Rechtsgrundlagen der Wahl.	729
bbb) Unmittelbare Wahl: Wahl und Wahlverfahren	729
ccc) Aktive Wahlberechtigung bei der unmittelbaren Wahl . . .	731
(1) Wahl der Vertreter des Handwerks und handwerksähnlichen Gewerbes	731
(2) Arbeitnehmervertreter	732
ddd) Wählbarkeit bei der unmittelbaren Wahl	733
(1) Vertreter des Handwerks und handwerksähnlichen Gewerbes	733
(2) Arbeitnehmervertreter	734
eee) Zuwahl von Mitgliedern der Vollversammlung.	734
cc) Die Mitgliedschaft in der Vollversammlung als aktive, ehrenamtliche Selbstverwaltung.	735
aaa) Ehrenamt: Kein Anspruch auf Vergütung.	736
bbb) Repräsentation und umfassende Mitwirkungsrechte. . . .	736
ccc) Kein Stimmrecht bei Interessenkollision	737
dd) Beendigung des Amtes als Mitglied der Vollversammlung . . .	737
ee) Vorsitz, Einberufung und Beschlussfassung der Vollversammlung	737
ff) Aufgaben der Vollversammlung.	738
aaa) Vorbehaltsaufgaben und Vermutung der Zuständigkeit der Vollversammlung	738
bbb) Wichtige Vorbehaltsaufgaben der Vollversammlung	739
(1) Satzungsrecht	739
(a) Änderung der Satzung	739
(b) Beschluss über sonstiges Satzungsrecht	740
(2) Kurationsfunktion: Wahl des Vorstands und der Ausschüsse sowie des Geschäftsführers	741
(3) Haushalts- und sonstige Finanzangelegenheiten	741
(4) Beteiligungen an Gesellschaften / Erwerb und Veräußerung von Grundeigentum	742
(5) Festsetzung der Beiträge und Erhebung von Gebühren	742
d) Weitere Formen aktiver, ehrenamtlicher Selbstverwaltung in der Handwerkskammer	743
aa) Tätigkeit als Mitglied des Vorstands	743
aaa) Zusammensetzung des Vorstands	743
bbb) Wahl des Vorstands	743
ccc) Ende des Amtes als Vorstandsmitglied.	744
ddd) Stellung des Vorstands.	744
eee) Aufgaben und Befugnisse des Vorstands und des Präsidenten	745

bb) Mitgliedschaft in einem Ausschuss	746
e) Die Beitragspflicht zur Handwerkskammer.	746
aa) Das gesetzliche System der Beiträge zur Handwerkskammer . . .	747
bb) Rechtsgrundlagen der Beitragserhebung	748
cc) Der Grundbeitrag.	748
dd) Der Zusatzbeitrag.	749
aaa) Bemessungsgrundlagen für den Zusatzbeitrag	749
bbb) Berechnung des Zusatzbeitrags	750
ee) Die Ermittlung der Bemessungsgrundlagen	750
ff) Subjektive Beitragspflicht: Grundregel und Ausnahmen	751
gg) Der Sonderbeitrag.	752
3. Die Organe der Handwerkskammer.	752
4. Die Geschäftsführung der Handwerkskammer	753
5. Die Aufgaben der Handwerkskammer	754
a) Systematik der Aufgabenzuweisung in der HwO.	754
b) Aufgaben gem. §§ 91 i. V. m. 90 HwO	755
aa) Vertretung und Förderung der Interessen des Handwerks.	755
aaa) Vertretung der Interessen des Handwerks (§ 90 Abs. 1 HwO)	755
bbb) Förderung der Interessen des Handwerks, gerechter Interessenausgleich (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HwO)	756
ccc) Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Handwerks (§ 91 Abs. 1 Nr. 9 HwO)	757
ddd) Unterstützung der Behörden in der Förderung des Handwerks (§ 91 Abs. 1 Nr. 2 HwO)	759
bb) Führung der Handwerksrolle und anderer Verzeichnisse (§ 91 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 6 HwO etc.)	760
cc) Berufsausbildung, Fortbildung, Umschulung etc. (§ 91 Abs. 1 Nr. 4–7 HwO)	761
dd) Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen (§ 91 Abs. 1 Nr. 8 HwO)	762
ee) Förderung der Formgestaltung im Handwerk (§ 91 Abs. 1 Nr. 10 HwO)	763
ff) Einrichtung von Vermittlungsstellen (§ 91 Abs. 1 Nr. 11 HwO) . .	763
gg) Ausstellung von Ursprungszeugnissen etc. (§ 91 Abs. 1 Nr. 12 HwO)	764
hh) Maßnahmen zur Unterstützung notleidender Handwerker etc. (§ 91 Abs. 1 Nr. 13 HwO)	765
c) Ausgewählte sonstige Aufgabenzuweisungen in der HwO	765
aa) Bereich der Ausbildung.	765
bb) Aufsicht über Innungen und Kreishandwerkerschaften	766
d) Aufgabenzuweisungen in sonstigen Gesetzen am Beispiel des BBiG. .	767
aa) Aufgaben aufgrund des BBiG im Bereich Berufsausbildung. . . .	768
bb) Aufgaben aufgrund des BBiG im Bereich Umschulung.	770

6. Die Aufsicht über die Handwerkskammer	771
7. Die Finanzierung der Handwerkskammer	773
a) Die Finanzierungsquellen der Handwerkskammer.	773
b) Die Gebühr	774
8. Zusammenfassende Beurteilung: Die Handwerkskammer als Selbstverwaltungskörperschaft.	774
V. Ergebnis: Die Selbstverwaltungskörperschaften des Handwerks	776
 8. Kapitel: Das Recht der Landwirtschaftskammern	778
I. Die Landwirtschaftskammern	778
II. Die historische Entwicklung des Rechts der Landwirtschafts- kammern	778
1. Ökonomische Gesellschaften des 18. Jh. als Vorläufer der Landwirt- schaftskammern?.	778
2. Landwirtschaftliche Zentralvereine des 19. Jh. als Vorläufer der Land- wirtschaftskammern.	780
3. Die Entstehung der Landwirtschaftskammern.	783
a) Die bremische Landwirtschaftskammer von 1849	783
b) Der Weg zu einem Landwirtschaftskammergesetz für Preußen	784
4. Das preußische Landwirtschaftskammergesetz von 1894	786
5. Die Landwirtschaftskammern in der Weimarer Republik.	791
a) Die gescheiterten Bemühungen zur Einrichtung einer Reichsland- wirtschaftskammer.	791
b) Entwicklung des preußischen Landwirtschaftskammerrechts	792
c) Das Landwirtschaftskammerrecht in den anderen Einzelstaaten des Deutschen Reichs	794
6. Die Ersetzung der Selbstverwaltung der Landwirtschaft durch den Reichsnährstand im Nationalsozialismus	796
a) Errichtung des Reichsnährstands unter Aufhebung der Landwirt- schaftskammern	797
b) Verfassung des Reichsnährstands.	798
c) Wesen und Entwicklung des Reichsnährstands.	801
7. Die Entwicklung des Landwirtschaftskammerrechts und -wesens seit Ende des Zweiten Weltkriegs	802
a) Die Abwicklung des Reichsnährstands	802
b) Das Scheitern eines Bundesgesetzes über die landwirtschaftliche Selbstverwaltung	803
c) Die Entwicklung des Landwirtschaftskammerrechts in den Ländern seit 1945	806
aa) Baden-Württemberg	806
bb) Bayern	807
cc) Berlin.	808

dd) Bremen	808
ee) Hamburg	809
ff) Hessen	810
gg) Niedersachsen	811
hh) Nordrhein-Westfalen	813
ii) Rheinland-Pfalz	814
jj) Saarland	815
kk) Schleswig-Holstein	816
ll) „Neue Bundesländer“: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	818
8. Status quo des Landwirtschaftskammerwesens	818
9. Exkurs: Landwirtschaftskammern in den Staaten der Europäischen Union	819
<i>III. Das aktuelle Recht der Landwirtschaftskammern</i>	<i>819</i>
1. Rechtsform, Errichtung und Bezirk der Landwirtschaftskammern	820
a) Rechtsform, Rechtsfähigkeit, Errichtung	820
b) Der Kammerbezirk	822
2. Die Verwirklichung der Selbstverwaltung in der mitgliedschaftlichen Struktur der Landwirtschaftskammern	822
a) Die partizipative Organisation als prägendes Merkmal der Selbst- verwaltung der Betroffenen in den Landwirtschaftskammern	822
b) Die Mitgliedschaft in den Landwirtschaftskammern	823
aa) Vorbemerkung: Zum Begriff des Kammermitglieds	823
bb) Voraussetzungen der Mitgliedschaft in den Kammern	824
aaa) Anknüpfung an den landwirtschaftlichen Betrieb bzw. die Landwirtschaft	824
bbb) Kammerzugehörigkeit von landwirtschaftlichen Arbeit- gebern und in der Regel auch Arbeitnehmern.	825
ccc) Zusammenfassung: Das gesetzliche System zur Bestimmung der Wahlberechtigung (und damit der Mitgliedschaft in der Kammer)	826
c) Die Repräsentation der Kammermitglieder in der Kammerversamm- lung als Verwirklichung des Selbstverwaltungsprinzips	827
aa) Bezeichnung und Zusammensetzung der Repräsentativ- versammlung	827
bb) Die Wahl der Mitglieder der Kammerversammlung	830
aaa) Rechtsgrundlagen der Wahl, unmittelbare Wahl und Zuwahl	830
bbb) Die unmittelbare Wahl	831
(1) Aktive Wahlberechtigung bei der unmittelbaren Wahl	831
(2) Passive Wahlberechtigung bei der unmittelbaren Wahl	831
(3) Wahlgrundsätze und Wahlperiode	832
(4) Grundsätze des Wahlverfahrens	833
(a) Wahlgruppen der Betriebsinhaber und Arbeitnehmer, Wahlvorschläge	833

(b) Wahlbezirke bzw. -kreise	834
(c) Wählerlisten und -verzeichnisse	835
(d) Stimmenzahl	835
(e) Wahlsystem und Feststellung des Wahlergebnisses	835
ccc) Zuwahl von Mitgliedern der Kammerversammlung	836
(1) Regelung der Zuwahl in den einzelnen Bundesländern	836
(2) Status der zugewählten Mitglieder, Hintergrund und Problematik der Zuwahl	838
cc) Die Mitgliedschaft in der Kammerversammlung als aktive, ehrenamtliche Selbstverwaltung.	839
dd) Beendigung der Mitgliedschaft in der Kammerversammlung	839
ee) Vorsitz, Einberufung und Beschlussfassung der Kammer- versammlung	840
ff) Aufgaben der Kammerversammlung	842
aaa) Vorbehaltsaufgaben und Vermutung der Zuständigkeit der Vollversammlung.	842
bbb) Wichtige Aufgaben der Kammerversammlung	842
(1) Hauptsatzung und sonstiges Satzungsrecht	842
(2) Krefunktionsfunktion: Wahl des Vorstands, der Ausschüsse und des Direktors	844
(3) Haushalts- und sonstige Finanzangelegenheiten	844
(4) Festsetzung der Beiträge, Erhebung von Gebühren	845
d) Weitere Formen aktiver, ehrenamtlicher Selbstverwaltung in der Landwirtschaftskammer.	846
aa) Tätigkeit als Mitglied des Vorstands	846
aaa) Der Vorstand als Kollegialorgan	846
(1) Zusammensetzung des Vorstands	846
(2) Wahl des Vorstands	847
(3) Ende des Amtes als Vorstandsmitglied	847
(4) Aufgaben und Befugnisse des Vorstands	848
bbb) Der Präsident	848
bb) Mitgliedschaft in einem Ausschuss	849
e) Die Beitragspflicht der Betriebsinhaber	850
aa) Rechtsgrundlagen der Beitragserhebung	851
bb) Die subjektive Beitragspflicht	851
cc) Grundlagen der Beitragsberechnung	853
aaa) Bemessungsgrundlage	853
bbb) Beitragssatz	854
dd) Beitragsfestsetzung und -erhebung	855
3. Die Organe der Landwirtschaftskammer	856
4. Die Geschäftsführung der Landwirtschaftskammer.	856
5. Die regionalen Untergliederungen der Landwirtschaftskammern	858
a) Niedersachsen.	859
b) Nordrhein-Westfalen.	859
aa) Kreisstellen	859
bb) Ortsstellen	860
c) Schleswig-Holstein.	861

6. Die Aufgaben der Landwirtschaftskammern	862
a) Systematik der Aufgabenzuweisung in den Landwirtschaftskammer- gesetzen	862
aa) Grundaufgabe und Einzelaufgaben	862
bb) Übertragung weiterer Aufgaben.	863
cc) Negativklausel: Ausgeschlossene Aufgaben	863
b) Die Grundaufgaben der Landwirtschaftskammern	864
c) Ausgewählte Einzelaufgaben der Landwirtschaftskammern	864
aa) Förderung der Landwirtschaft und der in ihr Berufstätigen	864
bb) Beratung und Förderung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer	866
cc) Maßnahmen zur Durchführung und Förderung der Berufsbildung	866
aaa) Rechtsgrundlagen für Zuständigkeiten im Bereich der Berufsbildung.	866
bbb) Kammeraufgaben in der Berufsbildung nach dem BBiG. . .	867
(1) Berufsausbildung	867
(2) Fortbildung	869
(3) Umschulung	869
dd) Erstattung von Gutachten, Benennung von Sachverständigen etc.	870
ee) Schutz von Natur und Umwelt sowie Verbraucherschutz	871
ff) Weitere Aufgaben, insbesondere Anhörungsrechte	872
7. Die staatliche Aufsicht über die Landwirtschaftskammer.	874
a) Grundsätzlich Rechtsaufsicht.	874
b) Aufsichtsmittel	875
c) Präventive Aufsicht.	878
8. Die Finanzierung der Landwirtschaftskammer	879
a) Die Finanzierungsquellen der Landwirtschaftskammer.	879
b) Gebühren	880
c) Staatszuweisungen an die Landwirtschaftskammern	881
9. Zusammenfassende Beurteilung: Die Landwirtschaftskammern als Selbstverwaltungskörperschaften	885

Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick

9. Kapitel: Das Recht der Selbstverwaltung der Wirtschaft.	891
I. Die Entwicklung der Selbstverwaltung der Wirtschaft	891
II. Die Verwirklichung der Selbstverwaltung der Wirtschaft im heutigen Recht	896
1. Rechtsform und Gründung des Selbstverwaltungskörpers	897
2. Die Verwirklichung der Selbstverwaltung in der mitgliedschaftlichen Struktur.	898
a) Grundstrukturen der Mitgliedschaft.	899

b) Die Repräsentation der Mitglieder in der Binnenverfassung der Körperschaft	900
c) Potentiale für aktive, ehrenamtliche Selbstverwaltung.	900
d) Die Größe der Körperschaft als Faktor für deren Selbstverwaltungsgehalt	901
3. Die Verwirklichung der Selbstverwaltung in der Aufgabenstruktur der Selbstverwaltungskörperschaft.	901
4. Die Staatsaufsicht über die Selbstverwaltungskörperschaft.	903
5. Die Finanzierung der Selbstverwaltungskörperschaft.	903
6. Abschließende Gesamtbeurteilung.	904
<i>III. Von der partizipativen zur demokratischen Selbstverwaltung der Wirtschaft: Eine Optimierungsaufgabe.</i>	<i>906</i>
Quellenverzeichnis	913
Literaturverzeichnis	917
Sachverzeichnis	965